

6./II. 1914

185

Der Volksschuh.

Werden Schuharten eingeführt oder nicht? Das ist schon eine Preisfrage geworden, da das Handelsministerium mit der Verordnung zögert. Diese Verzögerung ist allerdings unverständlich, da jeder Tag die ohnehin so knappen Vorräte zu Gunsten einiger Bevorzugter mindert. Seitdem nämlich der Präsident der Fachzentrale Herr Knöpfelmacher in einer Polemik gegen die Bezugsliste auf Schuhe die ganze künftige Organisation bekanntgegeben hat, werden von den Wohlhabenden und auch Kettenhändlern Schuhe sehr gehamstert. Jene suchen sich gegen alle künftigen Einschränkungen zu sichern, diese hoffen die aufgelaufenen Schuhe im Schleichhandel ohne Bezugschein mit hohem Gewinn verkaufen zu können. Die Organisation wird ähnlich sein wie bei den Kleidern. Wer zwei Paar alte Schuhe abgeliefert, erhält ohne weitere Prüfung seines Bedarfes eine Anweisung auf ein Paar neuer Schuhe. Ob er diese auch bekommt, ist seine Sache. Liefert man keine alten Schuhe ab, dann muß man eine Erklärung unterfertigen, daß man nicht mehr als die vorgeschriebene Anzahl von Schuhen hat. Weist jemand außer seinem Bedarf auch die Bedürftigkeit nach, dann erhält er eine Anweisung auf einen Volksschuh. Die Volksschuhe werden von einer Gruppe des Handelsministeriums verwaltet und nicht, wie anfangs geplant war, von einer der beiden Fachzentralen. Die Entscheidung liegt in einem Aufsichtsrat, in welchem neben Fachmännern auch Vertreter der Verbraucher sitzen. Die Verteilung wird ebenso wie die der Volksbekleidung durch die Landesbehörden erfolgen. Doch wird es viel zu wenig Volksschuhe geben, da bloß 400.000 zur Ausgabe gelangen, kaum der zehnte Teil des Bedarfes. Deswegen werden denn auch die Kinder leer ausgehen. Außerdem sind 100.000 Schuhe für Arbeiter in Kriegsbetrieben bereitgestellt.

Um nun auch zu ermöglichen, daß jeder die alten Schuhe herrichten lasse, hat Herr Knöpfelmacher vorgeschlagen, daß in den sechzehn größten österreichischen Städten Sammelstellen alter Schuhe eingerichtet werden. Diese sollen nun in jedem Bezirk die Schuhe auf die Schuhmacher der Umgebung aufteilen und ihnen die notwendigen Roh- und Hilfsstoffe zuweisen — jetzt geschieht dies durch die Genossenschaft. Auf die Art würden Rohstoffe gestreckt und die Herrichtung der Schuhe bedeutend verbilligt werden. Leider ist dieser Vorschlag nicht angenommen und bloß beschlossen worden, daß die Landesstellen die Regelung treffen sollen. Wohlgemerkt, all dies ist wohl beschlossene Sache, aber noch nicht verordnet. Nicht genug daran, daß statt einheitlicher Schuhstypen noch immer allerhand Luxuschuhe in unverantwortlicher Verschwendung der Rohstoffe erzeugt werden und daß nicht gegenüber Leder- und Schuhfabriken der Zwang zur Erzeugung angewendet wird, wird auch noch gezögert, diese schon beschlossene und so bescheidene Verordnung in Kraft treten zu lassen.